

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846

21 (12.12.1846)

Die Rundschau.

N^o 2. Karlsruhe, Samstag den 12. December. 1846.

Herausgegeben von Karl Rathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Fabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das Vierteljahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1846 im Umfang des Großherzogthums 42 Kreuzer durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Carlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreispaltigen Petitzeile berechnet.

Friedrich List †.

Eine kräftige Natur ist gebrochen, ein bewegtes Leben erloschen, ein rastloser thätiger Geist der Förderung großer Nationalinteressen entzogen. „Am 30. November,“ so berichtet die allgemeine Zeitung, „hauchte Friedrich List sein Leben in Kuffstein aus, wohin ihn eine nach dem südlichen Tyrol und Italien beabsichtigte Reise geführt hatte, die er unternahm, um für seine durch langen Kampf und vielfaches Mißgeschick vor der Zeit untergrabene Gesundheit Stärkung zu suchen. Das fürchterliche Wetter, in das er im Gebirge kam, vermehrte seine innere Unruhe und steckte ihr ein Ziel. So unterlag Friedrich List dem Doppelloß von Körper- und Seelenleiden.“ Der Freund, welcher tief erschüttert von der Trauerkunde, jene Zeilen schrieb, erinnert dabei an Seneca's Wort: nicht des Leidens wegen lege ich Hand an mich; so sterben, heißt unterliegen. Habe ich aber die Gewißheit, daß das Leiden ewig dauern werde, dann scheide ich nicht um seinetwillen, sondern weil es mich hindern würde, für alles das zu wirken, wofür man lebt. — „Sein Schicksal“ — so wird weiter berichtet — „hatte selbst in diesem einsamen Gebirgsstädtchen allgemeines, herzliches Mitgefühl gefunden. Die Beamten, die Offiziere der Garnison, der katholische Dechant und eine große Volksmenge begleiteten die irdischen Ueberreste des bis zum Tode rastlosen Mannes, dessen Verlust in zwei Weltheilen wiederhallen wird, auf den dortigen Gottesacker, in dessen geweihter Erde die liebevolle Theilnahme der katholischen Bevölkerung dem protestantischen Bruder die schmerzlich ersehnte Ruhe gönnte.“

Ausführlicheres über das Leben, die Thätigkeit und das Leiden des bedeutenden Mannes und wahren Patrioten darf man in der allgemeinen Zeitung erwarten, deren Herausgeber reichen Stoff besitzen und dem Andenken des Verstorbenen, wie dem Publikum gegenüber sich verpflichtet fühlen werden, Gebrauch davon zu machen. * Wir erinnern nur an die Einleitung des Buches, durch welches List dem Volke lieb geworden: das nationale System der politischen Oekonomie, wovon nur der erste Band über die Handelspolitik und den deutschen Zollverein erschienen ist und, wie wir glauben, erscheinen konnte. In jener Einleitung führt uns der Verfasser sein unermüdeliches Streben und seine bitteren Erfahrungen in lebendigen Farben vor Augen. Er

schildert, wie schon 1818 in ihm der Gedanke entstand: Deutschland müsse seine Binnenzölle aufheben und durch ein gemeinschaftliches Handelssystem nach Außen denjenigen Grad von industrieller und commercieller Ausbildung zu erreichen streben, den andere Nationen durch ihre Handelspolitik erlangen hätten. Der Art. 19 der Bundesacte (wegen Handel, Verkehr und Schiffahrt) schien ihm eine Grundlage für das Gedeihen der Industrie und des Handels in Deutschland abgeben zu können, und er veranlaßte einen Verein deutscher Kaufleute und Fabrikanten, um die Aufhebung der deutschen Binnenzölle und die Herstellung eines gemeinschaftlichen deutschen Handelssystems zu erwirken.

Als Consulent des deutschen Handelsvereins entwickelte er eine merkwürdige Thätigkeit, besonders in Bekämpfung einer Masse von Vorurtheilen, welche später, sobald der Zollverein eine deutsche Handelspolitik möglich machte, der Beobachtung und Erfahrung mehr und mehr weichen mußten. Wenn ein Gedanke fruchtbar wird und die Wirklichkeit seine Güte bewährt, dann fehlt es nicht an Bewerbern um das Verdienst der ersten Auserkennung und der ersten Handlung. So haben wir unlängst noch in badischen Blättern gelesen, daß die Denkschrift über die Handelsverhältnisse, welche der Großh. Badische Bevollmächtigte, v. Berstett, unterm 15. August 1849 der Carlsruher Conferenz vorlegte, worin die Freiheit des Handels im Innern als das Verlangen der wahren öffentlichen Meinung dringend empfohlen wurde, von Herrn Geh. Rath Rebenius verfaßt war (abgedruckt ist sie in den wichtigen Urkunden für den Rechtszustand der deutschen Nation, mit eigenhändigen Anmerkungen von J. L. Klüber, herausgegeben von C. Welter); eben so berichtet List, daß einem H. J. M. Eich von Kaufbeuren die Ehre zugeschrieben wurde, Stifter jenes Handelsvereins zu sein, während doch Er die Petition an den Bundestag entworfen, dabei aber weiter bemerkt hatte, daß damit nicht genug gethan sei. „Um etwas zu erreichen, müssen wir alle deutschen Fabrikanten und Kaufleute zu dem gemeinschaftlichen Zweck vereinigen, die deutschen Regierungen und Behörden für unser System zu gewinnen, die Höfe, die Ständeversammlungen, die Congresse durch unsere Abgeordneten zu beschicken, Thatsachen, die für uns sprechen, zu sammeln und bekannt zu machen, talentvolle Schriftsteller zu vermögen suchen, daß sie für uns schreiben; durch Herausgabe eines Vereinsblattes und durch Zeitschriften und Zeitungen die öffentliche Meinung für uns gewinnen und jedes Jahr auf diesem Wechweg (Frankfurt) wieder zusammen kommen, um an den Bundestag zu petitioniren.“ In den Vereinigten

* Nach einer Mittheilung der allg. Zeitung vom 7. wird H. G. Kofb eine gedrängte Darstellung von List's bewegten Lebensverhältnissen in seinem Blatte niederlegen.

Staaten, wohin das Schicksal ihn führte, wurde ihm die stufenweise Entwicklung der Volkswirtschaft klar, und sein System in ihm fest ausgeprägt. Was er darüber veröffentlichte, fand bei den Amerikanern eine sehr günstige Aufnahme. Dabei setzte er, vollständiger als es bisher geschehen war, die Wechselwirkung zwischen der Manufakturkraft und dem National-Transportsystem auseinander, und der Drang, ein deutsches Eisenbahnsystem in's Leben zu rufen, bewog ihn, günstige Verhältnisse in Amerika zu verlassen und nach Deutschland zurückzukehren. Allein bitter klagte er über vielfältige Berunglimpfungen und Mißhandlungen, die er in Folge seiner Bestrebungen als Vorkämpfer eines deutschen Eisenbahnsystems habe erdulden müssen. Er zerfiel mit den Häuptern des Handelstandes in Leipzig, wo er damals wohnte, und wurde bei der Ausführung der Leipzig-Dresdener Eisenbahn, zu welcher er den Grund gelegt hatte, bei Seite geschoben. Seine Ansichten über das nationale Transportsystem hat er unter Anderm in dem Artikel: Eisenbahnen und Canäle im Staatslexicon niedergelegt, der auch in besonderem Abdruck stark verbreitet wurde, jetzt in der zweiten Auflage des Staatslexicons dem Publikum aufs Neue vorliegt und von dem scharfen, richtigen Urtheile des Verfassers zeugt. Was nicht verwirklicht wurde, die Herstellung der deutschen Hauptlinien nach einem umfassenden Plane als Staatsbahnen, das ist eben zu beklagen, wie sich mit jedem Tage deutlicher herausstellt. Sein Buch: das nationale System der politischen Oeconomie, verdankt, wie er ebenfalls in der Einleitung sagt, eben jenen Mißhandlungen sein Dasein, welche ihn geschäftlos machten und aufstachelten, seinen Namen zu retten. Schon damals hatte „viele Arbeit und unsäglicher Verdruß“ seine Gesundheit zerrüttet; um sie herzustellen, reiste er im Spätjahr 1837 nach Paris und bearbeitete dort eine von der Academie aufgestellte Preisfrage über Handelsfreiheit und Handelsbeschränkungen, welche unter die drei ersten von 27 eingelassenen gestellt wurde. — Doch, wir wollen auf die Einleitung eines Buches, das in so vieler Händen ist, nur hinweisen, nicht sie ausschreiben. Später gründete List das Zollvereinsblatt, welches rüstig ankämpfte gegen die Lehren, womit von England und für England die großen Lücken in dem Vereinstarif theoretisch gerechtfertigt werden sollten, welche die Spinnerei, die Grundlage der Weberei und damit der größeren Industrie überhaupt, namentlich die Bedingung einer großartigen Maschinenfabrikation, schutzlos der englischen Uebermacht preisgeben und eben so die feineren Gewebe, welche geschickte Arbeiter erfordern, während die gröberen Zeuge zum Theil mehr als nöthig geschützt sind. Wir hoffen aus der allgemeinen Zeitung die Gründe zu erfahren, warum das Zollvereinsblatt, unterstützt durch die großen Mittel der Gotta'schen Verlagsbandlung, nicht eine weitere Verbreitung fand, welche den Herausgeber hätte ermuntern können, und warum zuletzt das Zollvereinsblatt, welches, wie uns gesagt wurde, kaum 700 Abnehmer hatte, von der Gotta'schen Verlagsbandlung nicht behalten wurde. Eben so wird das Publikum Aufschluß erwarten über die neuere Stellung von List zu den deutschen Industrievereinen.

Er scheint nämlich in der letzten Zeit abermals vielfachen Verdruß erlitten zu haben, welcher, verbunden mit körperlichen Einflüssen, ihm zuletzt verderblich wurde.

In der Persönlichkeit von Friedrich List liegt wohl die Erklärung des Umstandes, daß er bei der Ausführung von Ideen, die er angeregt hatte, keine Stellung gewinnen konnte. Eine kräftige Natur, ein unbeugsamer Willen zeigt ihn mehr zu bürokratischer, als zu collegialischer Geschäftsbehandlung geeignet. Seine eigene Begeisterung für die großen Interessen des Vaterlandes, denen sein Streben gewidmet war, hatte das in Deutschland nicht hoch genug zu schätzende Verdienst, daß er die Massen anregte für die wichtigsten Fragen der Nationalwohlthätigkeit, die früher außer den Studirstuben und den Hörsälen wenig Anklang gefunden hatten. Daß List in seinem Eifer gegen „die Schule“ zu hart wurde, alle übrigen Nationalökonomien wahrhaft mißhandelte, und dadurch selbst wieder Schüler bildete, die sich die rauhe Form aneigneten, sie noch übertrieben, aber nicht Kenntnisse genug besaßen, um den edeln Kern aufzunehmen und zu pflegen; daß er alle bisherigen Leistungen der Wissenschaft überfah, Gedanken als neu und sein eigen ausgab, an denen nur die meisterhafte Auffassung und die an das Nationalgefühl geknüpften, darum auch so eindringliche Darstellung neu und sein eigen waren — gewiß ein großes Verdienst —, das sind Fehler, die an ihm getadelt wurden, die aber gar häufig im Gefolge kräftiger, durchgreifender Charaktere sich finden. Am besten und in würdiger Form hat Rau die Schule gegen List vertheidigt. (Archiv der politischen Oeconomie V, 2).

Friedrich List stand im 57. Jahre, als er, von Krankheit und dem Einflusse des fürchterlichen Wetters verdüstert, im Kuffstein sein Leben endete. Ein schwerer Verlust für Deutschland, in einer Zeit, wo ein weiterer Schritt der deutschen Handelspolitik und der Schifffahrt bevorsteht, wo eine so seltene Kraft, wie die seinige, von größtem Nutzen sein konnte. Allein — in der nämlichen Nummer der allgemeinen Zeitung, welche von dem feierlichen Begräbnisse List's berichtet, ist zu lesen, daß der Dritte Rowland Hill, welcher den Gedanken der wohlfeilen Briefpost in England anregte, als Secretär des Generalpostmeisters mit 1200 Pf. St. angestellt worden ist, — eine Stelle, die eigens für ihn geschaffen wurde. Für einen Friedrich List hatte Deutschland, hatte der Zollverein keine Stelle. Er passte nicht in das deutsche Beamtenthum. Sein Ende erinnert uns an das Wort des französischen Staatsmannes Guizot: „In allen Dingen verbraucht die Vorsehung, um ihre Zwecke zu erreichen, Muth, Tugenden, Opfer, mit einem Worte — den Menschen; erst nach einer unbekanntem Menge scheinbar vergeblicher Anstrengungen, nachdem viele edle Herzen entmuthigt unterlagen, ihre Sache verloren gaben, — dann erst triumphirt die Sache (Histoire de la civilisation en Europe, VII. leçon, 20—21).“

(Die Presse) Die Angabe der „Kölnischen Zeitung,“ es sei in der Zusammenkunft der Abgeordneten der Linken zu Durlach allgemein anerkannt worden, daß die liberalen badischen Blätter durch ihre „Uebertreibungen und persönlichen Befeindungen“ nur Schaden bringen, ist nicht richtig. Wer übertreibt, der schadet, nach unserer Ansicht, allerdings; aber wem? — sich selbst. Angenommen, die liberale Presse übertreibe, so lasse man sie nur gehen, sie wird dafür büßen müssen. — Was die Kölnische Zeitung, deren Berichte aus Baden wir ungefähr eben so ansehen, wie die Karlsruher Zeitung jene des Rheinischen Beobachters — was sie Uebertreibungen nennt — hat dies etwa der Regierung geschadet? Gewiß nicht. Was wir aber übertrieben finden, das ist die Censur, besonders wie sie in neuerer Zeit in Mannheim wieder gehandhabt wird, und das ist die einzige Uebertreibung, welche der Regierung schadet. Die freie Presse trägt in sich selbst das Heilmittel gegen den Schaden, den sie anrichten kann; die Censur aber ist das Gegenmittel von einem Heilmittel, sie hat noch keinem Uebelstande abgeholfen, aber sehr viele veranlaßt. Wenn die kleineren deutschen Staaten zusammenhalten und die Censur abschaffen wollten, so würden sie in ihren Völkern eine Stütze und für ihr Dasein und Gedeihen eine Bürgschaft finden, stärker als alle Wiener Verträge. Jetzt wird entsetzlich viel über „schlechte Presse“ geklagt, natürlich, aber wer ist Schuld daran? Die Censur. Nur eine freie Presse kann eine gute sein; die Censur verstümmelt das Gute; sie vereitelt auch alle Versuche, eine tüchtige Regierungspresse zu erzielen. So lange nicht alle Meinungen frei und nur dem Gesetz verantwortlich sind, finden Diejenigen am wenigsten Glauben, welche von der Censur in Schutz genommen werden; diese hat zuletzt noch den großen Nachtheil, daß die Regierungen und die Völker, welche sie dulden, nicht nur in ihrer inneren Wohlfahrt und Entwicklung verkümmert, sondern auch von den Nationen, welche Pressfreiheit haben, misachtet und mishandelt werden. Was duldet Deutschland nicht von Dänemark, und rührt sich nicht? —

Neuestes. Die badische Presse wird mit dem neuen Jahre verschiedene Aenderungen erleiden; aber die Censur wird stehen bleiben, und darum bleibt im Wesentlichen Alles beim Alten.

(Ein französisches Urtheil über deutsche Handelspolitik.) Ueber die Nachricht, daß der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit England vom März 1841 von Seiten des Zollvereines gekündigt werden soll, äußert sich der Constitutionnel ganz verständig, wie folgt: Wenn man mit dieser Entschliebung die neuerdings von dem Verein angeordnete Zollserhöhung auf verschiedene Fabrikate, namentlich auf Baumwollen- und Leinwand in Verbindung bringt, so darf man daraus schließen, daß der deutsche Zollverein in eine neue Bahn der Handelspolitik einlenkt. Weit engerer, sich von Großbritannien und den Freihandelsvereinen irre leiten zu lassen, hat derselbe im Gegentheil eingesehen, daß er andere Maßregeln ergreifen müsse, sei es um sich den eigenen Markt zu sichern, oder sich fremde Märkte aufzuschließen. Der erste Zweck soll durch die Zollserhöhung, der zweite durch die Kündigung des Schifffahrts-

vertrages mit England erreicht werden. Dieser Vertrag, welchen Deutschland beifällig hätte aufnehmen können, wenn sein Streben auf den Austausch seiner landwirthschaftlichen Erzeugnisse gegen englische Manufacturwaaren beschränkt wäre, ist seither lediglich auf Widerwillen gestossen. Die Ansichten haben sich mit den Umständen geändert. Der Zollverein, welcher unter dem Einfluß von Befreiungsgedanken gebildet worden war (Aufhebung der Zollschranken im Innern, aber Schutz der Industrie an der Grenze), fühlt eine Abneigung gegen England, unter dessen Joch er so lange gebeugt war. Seither konnte der Zollverein die Rolle nicht vergessen, welche England spielte, um Hannover und die übrigen nördlichen Staaten vom Beitritt abzuhalten. Das Berliner Cabinet schließt sich daher einem Nationalwunsche an, indem es einen Vertrag aufgibt, der in neuerer Zeit noch unbeliebter geworden ist, als damals, wo er geschlossen wurde. Allein es gibt noch eine wichtigere Betrachtung, welche Preußen zu seinem Entschlusse veranlaßt. Das Streben Deutschlands nach Industrie und Schifffahrt ist stärker geworden. Es wünscht von der Vermittelung, deren es sich bisher in seinem überseeischen Verkehr bediente, frei zu werden. Es bemüht sich, den Tausch seiner Erzeugnisse gegen die Producte Amerika's selbst zu bewerkstelligen. Der Vertrag mit England stand diesem Vorhaben im Wege und die unbeschränkte Freiheit im Seehandel ist es hauptsächlich, welche Preußen mit den übrigen Vereinststaaten erringen will, indem es sich aus den Banden des Vertrages los macht.

Verschiedenes.

— Die Freiburger Z. empfiehlt ein neues Blatt, welches mit dem neuen Jahre unter dem Titel der Tagesherold in Konstanz erscheinen, und, wie das Mannheimer Morgenblatt, die obrigkeitlichen Kundmachungen erhalten soll, welche die Konstanzener Zeitung, schwerlich durch ihr Verschulden, verliert. Nach der Freiburger Zeitung wären die Herren Stro-maier und Dr. Wirth bei diesem Blatte theilhaftig; sie hätten Gelegenheit gehabt, über die Freiheit besser nachzudenken als vor 16 Jahren, und so lasse sich annehmen, die neue Zeitung werde die Farbe männlicher, gereifter Freisinnigkeit tragen, die freilich anderen Fortschrittsmännern, jungen und alten, nicht gefallen. Wir, unserer Seite, wollen abwarten, wie das Blatt dem Publikum gefallen wird, welches überrascht sein wird, die genannten Mitarbeiter von der Freiburger Zeitung loben zu hören. Ueber die Freiheit nachzudenken und Erfahrungen zu machen, dazu hat wohl Jeder Gelegenheit; allein der Dienst der Freiheit, sagt Uhland, ist ein schwerer Dienst, er bringt nicht Gold und Aemter; und was die Erfahrung aus dem Menschen macht, darauf eben kommt es an. Wer die Erfahrung, daß ihm der Dienst der Freiheit zu schwer ist, dazu benutzt, daß er auf die andere Seite tritt, der wird nicht mehr für freisinnig gelten; wir hoffen, der Tagesherold wird kein Beispiel einer solchen gereisten Freisinnigkeit geben.

— Nach dem Nürnberger Correspondenten sollen die neuen Gesetzbücher dem nächsten bayerischen Landtage vorgelegt werden, und es ist kein Zweifel mehr, daß der Criminalproceß auf öffentlich-mündlichem Verfahren beruht.

— Die darmstädter Kammer hat den Art. 12 des Cherechts,

welcher eine Ehe zwischen einem Christen und einer Person, die sich nicht zur christlichen Religion bekennt, für unzulässig erklärte, mit 41 gegen 6 Stimmen verworfen.

— Ein Brief aus Hessen in dem Frankfurter Journal bemerkt, daß das freisinnige Baden mit dem provisorischen Gesetze über die ausnahmsweise Gestattung der bürgerlichen Ehe zufrieden sei, und schließt daraus, daß auch Rheinhessen mit dem hessischen Gesetze zufrieden sein könne. Allein in Rheinhessen war die bürgerliche Ehe vollständig durchgeführt; dort ist also das neue Gesetz ein Rückschritt, während das provisorische Gesetz in Baden ein Fortschritt ist, der als Abschlagszahlung angenommen wird, ohne deshalb auf Weiteres zu verzichten. Unzufrieden mit dem provisorischen Gesetze ist allerdings nur die ultramontane Partei, und ihr Organ, die jüddeutsche Zeitung.

— Die Freiburger Zeitung beleuchtet in einem Artikel „Friede“ ihren kleinen Verdruß über die getäuschte Hoffnung auf Spaltung in den Reihen der unabhängigen Bürger. Sie huldigt, mit dem Morgenblatt um die Wette, dem Fortschritt und dem sel. Minister Winter, und empfiehlt sich der Regierung mit derjenigen Freundschaft, welche der Stadtgemeinde Freiburg so theuer zu stehen kommt.

— Oberamtmann Weinzierl in Säckingen ist in Ruhestand versetzt worden.

— Das gr. Staatsministerium hat den Vertrag genehmigt, wodurch das Krankenhaus in Freiburg sechs barmherzigen Schwestern unter besondern Bedingungen überantwortet wird; besser wäre gewesen, sie unter gar keiner Bedingung einzulassen.

— In Freiburg hat sich ein Verein zur Gründung einer Versorgungsbeschäftigungsanstalt gebildet, dem sich bereits mehr als 500 Einwohner angeschlossen haben.

In Rottigham fand unlängst eine Versammlung statt, um die Regierung zu bitten, der armen Königin Pomare von Tahiti gegen die Franzosen zu Hilfe zu kommen. Alsbald versammelten sich auch die arbeitslosen Strumpfwirker, Spitzenarbeiter u. s. w. und verfaßten eine Bittschrift an den Bürgermeister, er möge auch für sie eine Versammlung berufen, damit ihnen beim Straßenbau oder sonst wie auf einige Zeit Arbeit verschafft werde und sie nicht mit ihren Familien Hunger sterben müßten. Der Bürgermeister erwiderte, dazu sei die Noth noch nicht groß genug und es sei vorerst noch Raum im Arbeitshaus. Ein Wigblatt, PUNCH, rath den Arbeitern, sich schwarz zu färben und als Neger zu erscheinen, dann werde ihnen geholfen werden; als Weiße seien sie nicht interessant genug.

— Viele angesehene Bürger Braunschweig's haben den ständischen Ausschuß in einer Adresse aufgefordert, sich wegen der von ihm erkannten Verfassungsverletzung bezüglich des Finanzgesetzes nicht auf eine Verwahrung zu beschränken, sondern die durch Ehre, Pflicht, Recht und Consequenz gebotenen Maßregeln zu ergreifen.

— Nach einem Briefe von der Donau in der Kölnener Zeitung befand sich der Staatskanzler, Fürst von Metternich, seit einigen Wochen in einem sehr kritischen Gesundheitszustande. Der Kranke meide das Bett und habe wiederholt geäußert, „daß er das Bett nicht mehr verlassen werde, wenn er sich einmal in dasselbe niederlege.“

Die Konstanzer Zeitung, welche bisher keine Farbe hatte, zeigt an, daß sie sich nunmehr entschieden der Partei des Fortschrittes anschließen und eigene Aufsätze liefern werde. Die obrigkeitlichen Kundmachungen, welche ihr entzogen sind, wird sie abdrucken, so daß die Leser in dieser Beziehung nichts verlieren, in anderer gewinnen.

— Der Kammer in Darmstadt ist der Entwurf eines Polizeistrafbuch's vorgelegt worden. Um denselben bekannt zu machen, wurde aus Privatmitteln ein Abdruck veranstaltet und — von der Polizei weggenommen. Nur wenige Abdrücke wurden aufgefunden, man wünscht aber, daß dies confiscirte Gesetz förmlich verboten werde. Die sich selbst confiscirende Polizei gibt zu erbaulichen Betrachtungen Anlaß.

— Die hannöversche Kammer hat am 3. Dezember die bescheidenen Anträge der Commission auf etwas weniger Schriftlichkeit im Civilproceß verworfen und den Entwurf ohne Offenheit und Mündlichkeit mit 47 gegen 34 Stimmen angenommen. Die ausgezeichnetsten Kämpfer für das Bessere waren Sandvoss und Wachs m u t h, und im Volke zeigt sich dafür immer größere Theilnahme.

— Ein Schreiben aus Bretten im Mannheimer Journal hatte behauptet, daß die dortige jüdische Bevölkerung von der Theilnahme an der Kleinkinderschule ausgeschlossen sei. Wie zu erwarten war, ist diese Nachricht als unrichtig nachgewiesen worden. Es ist zwar keine besondere Einladung an die israelitischen Familien ergangen, aber eben so wenig an den größten Theil der christlichen Bevölkerung. Man war zunächst bemüht, die Anstalt und den erforderlichen Fond zu gründen; die weitere Ausdehnung ergibt sich dann von selbst.

— In München macht die spanische Tänzerin Lola Montes viel von sich reden. Sie muß bedeutenden Einfluß erlangt haben, da ihr häufig aufgewartet wird, und zwar, wie man sagt, mit Erfolg. Das Volk sei übrigens so ungehalten über die fahrende Dame, daß besondere Vorkehrungen der Polizei zu ihrem Schutze nöthig erachtet wurden.

— Die Hamburger Neue Zeitung zeigt an, daß sie mit Ende des Jahres des Jahres zu erscheinen aufhöre, weil das Verbot in Dänemark und den deutschen Herzogthümern ihr Fortbestehen unmöglich mache. Die Dänen sind doch sehr gewaltig in Deutschland; streichen Bundesbeschlüsse, schlagen Zeitungen todt, bringen deutsche Lande um ihr halbtausend-jähriges Recht und es geschieht ihnen nichts. Selbst der allgemeinen Zeitung wird dies zu arg. Sie sagte unlängst: die deutschen Mächte hätten die Obliegenheit, das Zuwarten gegenüber den Winkelzügen und Versagungen der Dänen zu endigen, und die Sache mit Entschiedenheit und Beharrlichkeit zu schlichten, ehe es zu spät wird.

— Die auf Anträge einzelner Mitglieder von der schleswig'schen Ständeversammlung gefaßten Beschlüsse sind von dem Regierungskommissär zurückgegeben worden, weil sie vor der Berathung der Regierungs-Vorlagen gefaßt wurden. Darauf haben am 4. Dezember 31 Mitglieder sich von der ferneren Theilnahme an den ständischen Arbeiten losgesagt, weil das Petitionsrecht factisch aufgehoben sei. Der Präsident und die beiden Secretäre sind wegen ihrer Amtsgeschäfte, aber nicht mehr als Abgeordnete, zurückgeblieben; außer ihnen nur fünf Mitglieder.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.